Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 164. **Sonnabend** den 13. Juni 1885. **79. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 14. Juni,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Stücke 17, 18, 19 und 20 des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind bei uns eingegangen und werden **bis zum 4. Juli ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dieselben enthalten:

Nr. 1606. Bekanntmachung, betreffend die Redaction des Zolltarifgesetzes. Vom 24. Mai 1885.
Nr. 1607. Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1885/86. Vom 23. Mai 1885.
Nr. 1608. Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung. Vom 28. Mai 1885.
Nr. 1609. Gesetz, betreffend den Schutz des zur Anfertigung von Reichscassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung. Vom 26. Mai 1885.
Nr. 1610. Convention zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Madagaskar. Vom 15. Mai 1885.

Leipzig, den 9. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß den **20. bis 23. dss. Mts. Nachts die Hauptröhren der städtischen Wasserleitung** durch die Spülschieber nach den Schleusen und vom 24. dss. Mts. an die Spülung der Zweigröhren am Tage stattfinden wird.

Leipzig, am 10. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Grundstücks-Versteigerung.

Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige Hausgrundstück Ritterstraße alte Nr. 3 / neue Nr. 4 und Nr. 119, Abth. A des Brandcatasters, soll

Montag, den 29. Juni 1885,
Vormittags 11 Uhr,
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, zum **Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung selbst geschlossen werden, wenn nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen liegen schon vor dem Termine auf dem großen Vorsaale in der 1. Etage des Rathhauses zur Einsichtnahme aus und werden Abschriften davon auf Verlangen gegen Bezahlung der Schreibegebühr abgegeben.

Wegen Besichtigung des Grundstücks wollen sich Erstehungslustige in den Tagen vom 15. bis 20. dss. Mts., Vormittags zwischen 10 und 12 Uhr an unser Bauamt, Hochbauverwaltung (Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 5) wenden.

Leipzig, den 3. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die von uns angekündigte Umnumerirung der Häuser ist beendet; es bleibt vorläufig und bis auf Weiteres den Hausbesitzern freigestellt, die frühere Hausnummer außer der neuen am Hause anzubringen, falsern erstere ausdrücklich als „alte Nummer" mittelst eines neben derselben angebrachten Schildes bezeichnet wird.

Leipzig, am 9. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. G.

Bekanntmachung.

Im Monat Mai a. c. gingen beim Armenamte ein:

4 ℳ	— ₰	als Sühne in Sachen S. ./. A.	durch Herrn Friedensrichter Conrad,
1 „	— „	von Herrn Chr. Rob. Tauchnitz, Verpflegkosten-Ueberschuß,	
4 „	50 „	Sühne (abzüglich von Kosten) in Privatklagsachen des Herrn Stud. phil. Gustav Böhme ./. Herrn Buchhändler E. Gründel, gezahlt von Letzterem und der Armencasse von Ersterem überwiesen,	
1 „	50 „	Honorar von „Emilie" durch das Bureau des Leipziger Beamten-Vereins,	
2 „	— „	als Sühne in Sachen S. ./. L.	durch Herrn Friedensrichter G. A. Jauck sen.
2 „	— „	„ „ „ „ D. ./. G.	
3 „	— „	„ „ „ „ Sch. ./. A.	
10 „	— „	„ „ „ „ H. N. ./. W. B.	durch Herrn Friedensrichter Rost.
5 „	— „	„ „ „ „ H. M. ./. E. A.	
3 „	— „	„ „ „ „ A. W. ./. E. B.	
2 „	— „	„ „ „ „ M. O. U. ./. O. H.	
160 „	— „	„ „ „ „ J. H. ./. M. N.	
1 „	— „	„ „ „ „ C. N. ./. C. W.	
199 ℳ	— ₰.		

Dankend quittirt
Leipzig, den 8. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Jungbähnel.

Vermiethung von Geschäftslocalitäten.

Die z. Zt. an Herrn Kaufmann **Otto Kamper sen.** vermietheten **Geschäftslocalitäten** in der **1. Etage** des der Stadtgemeinde gehörigen Hauses Reichsstraße alte Nr. 51 (neue Nr. 7), welche aus **einem 4fenstrigen** und **einem 2fenstrigen Zimmer** nach der Reichsstraße, **je einem dergl.** nach dem Hofe, einem **Alkoven** und sonstigem Zubehör bestehen, sollen **vom 1. October ds. Js. an** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethsansuche werden **auf dem Rathhause,** 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Localitäten eingesehen werden.

Leipzig, den 9. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stötz.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in dem Pferdestalle des Fuhrwerksbesitzers **C. T. Barthels,** hier, Berliner Straße Nr. 19, unter den Pferden desselben die Rotzkrankheit ausgebrochen ist.

Leipzig, am 11. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Die Eisenconstructionsarbeiten beim Neubau der Plagwitzer Brücke hier sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 6. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. G.

Bekanntmachung.

Die zur Submission ausgeschriebenen **Maler- und Schlosser-Arbeiten** am Neubau der II. Bürgerschule sind **vergeben,** und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hiermit ihrer Gebote entlassen.

Leipzig, den 4. Juni 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Wolf, Max Oscar, geb. am 28. Januar 1872 zu Leipzig, hat sich aus mütterlicher Wohnung heimlich entfernt und treibt sich vermuthlich vagabundirend in der Leipziger Gegend umher. Kleidung: braune Jacke und dunkle Hose. Festnahme und Nachricht.

Volkmarsdorf-Leipzig, am 10. Juni 1885.

Die Polizeiverwaltung.
Lehmann. W.

Nichtamtlicher Theil.

Ultramontane Anmaßung.

* Seit Monaten wird die Frage der Wiederbesetzung des Posener Erzbisthums in der Presse erörtert, die verschiedensten Persönlichkeiten wurden als solche bezeichnet, welche von der preußischen Regierung vorgeschlagen und von der Curie abgelehnt worden seien, „Germania" und „Journal de Rome", „Osservatore" und „Kölnische Volkszeitung" brachten täglich neue Nachrichten, um Das, was sie heute gemeldet, andern Tags zu widerrufen. Und dieses wenig belustigende Spiel dauert fort.

Schneller machte sich die Sache mit der Besetzung des Kölner Bischofstuhls. Dr. Cremenz, bis jetzt Bischof von Ermland, hat nach der persönlichen Seite hin keine Schwierigkeiten dar. Als in der Wolle gefärbter Ultramontaner war er der Curie durchaus genehm, und auch am preußischen Königshofe ist er wohl gelitten, da Herr Cremenz sich aus den fünfziger Jahren, als das Herrscherpaar in Coblenz lebte und er daselbst als Militairgeistlicher wirkte, das Wohlwollen des Kaisers und der Kaiserin zu erwerben und bis heute zu erhalten gewußt hat. Freilich war Dr. Cremenz bekanntlich der erste preußische Bischof, welcher im Jahre 1872 mit dem Minister Falk in Conflict gerieth. Aber wie keiner seiner Amtsbrüder hat er es verstanden, ohne dem ultramontanen Standpuncte irgend etwas zu vergeben, allen Schwierigkeiten der neueren kirchenpolitischen Gesetze zu begegnen.

Die Schwierigkeiten der Wiederbesetzung der Posener Diöcese liegen vornehmlich auf nationalem Gebiete. Die nationalen Rücksichten sind es ja, wie Fürst Bismarck wiederholt und mit überzeugender Klarheit ausgeführt hat, an denen der Culturkampf zunächst entbrannt ist. Es ist unbestreitbar erwiesen, wie sehr gefahrvoll es für Preußen und Deutschland ist, an der Spitze des Posener Klerus einen undeutsch, einen polnisch gesinnten Fanatiker zu haben, und Preußen ist es sich und dem Reiche schuldig, zu verhindern, daß wieder ein Mann wie Graf Ledochowski zum Erzbischof von Posen-Gnesen gemacht wird, daß diese einflußreiche Stelle wieder von einem Manne besetzt wird, welcher sich selbst für den „Primas von Polen" ansieht und bemüht ist, dieser abgeschafften „Würde" wieder Anerkennung und Geltung zu verschaffen.

Eine ähnliche Gesinnung, wie sie Cardinal Ledochowski bethätigt hat, dürfte sich bei allen Klerikern polnischer Nationalität finden, und bei ihnen entweder von vornherein das nationalpolnische Interesse überwiegen über das Bewußtsein der seelsorgerischen Pflichten oder das Vertrauen der polnischen Bevölkerung und der niederen Geistlichkeit zu dem polnischen Oberhirten bedingt sein durch die Bethätigung polnisch-nationalen Interesses. Beides ist nicht allein nicht wünschenswerth, sondern muß um jeden Preis vermieden werden.

Wenn nun ein Priester deutscher Nationalität zum Posener Erzbischof ernannt wird, so sind diese beiden Gefahren sofort beseitigt. Denn es kann wohl vernünftiger Weise nicht angenommen werden, daß ein deutscher Mann so ehrvergessen sein könnte, sein Vaterland und die deutschen Interessen zu Gunsten polnisch-revolutionärer Bestrebungen zu verrathen. Andererseits dürfte es sich auch von selbst verstehen, daß die polnische Bevölkerung in einem solchen Oberhirten lediglich den Kirchenfürsten sehen und verehren wird. Es ist selbstverständlich — und das Gegentheil wäre die schlimmste Verletzung der katholischen Kirchensatzungen — daß die Laien und die Geistlichen der Diöcesen ihrem Bischof mit Liebe, Vertrauen und Gehorsam entgegenkommen werden, und es ist undenkbar, daß diesem Erzbischof von Posen von seinen Diöcesanen zugemuthet werden könnte, sich ihr Vertrauen erst durch polnische Agitationen zu erwerben.

Man sollte meinen, daß diese klare Sachlage auch an maßgebender Stelle in Rom erkannt werden müßte und daß nichts näher liegt, als daß die Curie der preußischen Regierung hier entgegenkäme. Denn vor Allem ist es doch die Noth der Seelsorge, welche der Curie am Herzen liegen sollte, und dieser Noth wäre ja dann mit einem Schlage abgeholfen. Aber gerade das Gegentheil ist der Fall; je mehr von der preußischen Regierung die Unmöglichkeit betont wird, einen Polen zum Posener Erzbischof anzunehmen, desto mehr wird an dieser Forderung von Seiten der Curie festgehalten, als ob „katholisch" und „polnisch" untrennbare Begriffe wären.

Wenn man die Unterhandlungen mit Rom und das vergebliche angestrengte Bemühen der preußischen Regierung, in allen römisch-katholischen Gebieten des preußischen Staates die kirchliche Seelsorge völlig wiederherzustellen, unparteiisch verfolgt, so muß man zu dem Ergebniß gelangen, daß es einmal der Curie nicht Ernst ist mit der Behauptung, daß ihr das Seelenheil der Katholiken in erster Reihe steht und daß katholisch-kirchliche und christlich-religiöse Interessen sich keineswegs decken; und ferner, daß man in Rom den eifrigen Wunsch hegt, nicht die revolutionäre polnische Agitation zu hemmen, sondern im Gegentheil zu schützen. Eine andere Schlußfolgerung ist unmöglich.

In dieser Auffassung wird man bestärkt durch das jesuitische Gebahren der „Germania". Dieses undeutsche Blatt mit dem deutschen Namen glaubt zu erkennen, daß in Deutschlands östlichen Grenzmarken „ein preußisches Irland" im Werden begriffen ist. Das würde auch nach der Ansicht der „Germania" ein großes Unglück sein nicht nur für diese Ostmarken, sondern auch für ganz Preußen, also auch für das deutsche Reich. Das edle Blatt will nun, nachdem es fortwährend seit dem ersten Tage seines Erscheinens gegen den Thron und die Regierung gehetzt, unschuldig sein und bleiben, wenn dieses Unglück unabwendbar wäre — da es die Gefahr rechtzeitig erkannt und seine warnende Stimme erhebt.

Und nun kommt der schlimmste Hohn! Die „Warnung" der „Germania" gipfelt darin, daß das Jesuitenblatt einen Bischof polnischer Nationalität für Posen zu fordern als ein Naturrecht der Posener Diöcesanen bezeichnet. Ein deutscher Bischof würde nach den eigenen Worten der „Germania" kein katholischer Bischof, sondern ein preußischer Präfect sein. Und das Blatt verfteigt sich zu der empörenden Drohung, daß der päpstliche Stuhl im Princip niemals zugeben kann, daß ein Deutscher den Bischofsstuhl von Posen besetzt.

Wir sind weit entfernt, die Mission der katholischen Kirche zu verkennen und werden uns niemals soweit vergessen, die Curie mit der „Germania" für ein und dasselbe zu halten. Im Gegentheil wollen wir gern überzeugt sein, daß die eben wiedergegebene Auffassung der „Germania" in den maßgebenden Kreisen Roms keineswegs getheilt wird. Aber daß die Unterhandlungen mit Rom wegen Besetzung des Posener Erzbisthums so gar nicht weiter kommen, zeigt doch, daß im Augenblick die Berather der Curie dem Einfluß der „Germania" und der deutschen Ultramontanen, der welfischen Führung des Centrums sich nicht zu entziehen vermögen. Im Interesse unserer katholischen Mitbürger in Preußen appelliren wir von der schlecht unterrichteten Curie an den besser zu unterrichtenden Papst. Möge er lediglich das Seelenheil der ihm anvertrauten Heerde im Auge haben und keine anderen als christlich-religiöse Gesichtspuncte für ihn maßgebend sein!

Die Drohung mit irischen Zuständen verfängt bei uns in Deutschland nicht, wie überhaupt keine Drohung und irgend welche anmaßende Sprache. Wir wissen, daß sich Preußen einer Regierung erfreut, welche sich ihrer heiligen Aufgabe bewußt ist, Thron und Altar zu schützen. Die Zustände Irlands haben aber neben einer schwachen Regierung auch nicht zum Wenigsten renitente Priester mit verschuldet!

Die Krisis in England.

Die Entscheidung über Das, was nach der Abstimmung vom 8. Juni geschehen soll, ist noch nicht getroffen; die Rücktritt Gladstone's bei der Königin ist erst für heute in Aussicht genommen. Der Jubel der Conservativen über ihren Erfolg ist einer ruhigeren Stimmung gewichen, sie haben am 10. Juni eine Parteiversammlung abgehalten, beobachten aber über den Inhalt ihrer Berathungen tiefes Schweigen. Nur so viel verlautet, daß Salisbury sich damit einverstanden erklärt hat, daß Northcote den Vorsitz in dem neu zu bildenden conservativen Ministerium übernimmt. Inzwischen scheint in den Kreisen der liberalen Partei sich große Unzufriedenheit gegen die Parlamentsmitglieder kundzugeben zu haben, welche am 8. Juni im Unterhause gefehlt haben; diese sind sich der großen Verantwortung bewußt geworden, welche sie durch ihre Pflichtverletzung auf sich geladen haben, und suchen sich, so gut es geht, bei ihren Wählern zu entschuldigen. Ein Theil dieser Parlamentsmitglieder räumt offen ein, daß sie von der Wichtigkeit der zu erwartenden Abstimmung keine Kenntniß hatten. Aus allen diesen Anzeichen geht hervor, daß die Liberalen von den Conservativen überrumpelt worden sind, wie das schon einmal vor längerer Zeit im Werke war, als im Unterhause große Leere herrschte. Damals handelte es sich um ein Mißtrauensvotum wegen der egyptischen Politik des Cabinets, und nur mit genauer Noth wurde durch schleuniges Zusammentrommeln eine Anzahl liberaler Abgeordneten eine Niederlage der Regierung vermieden. Die Conservativen haben sich aber durch das damalige Mißlingen ihres Angriffs nicht einschüchtern lassen, sondern den Versuch bei einem passenden Anlaß wiederholt. Am 8. Juni ist es den Conservativen gelungen, ihren Zweck zu erreichen und das verhaßte Ministerium ins Wanken zu bringen. Ob der Sturz gelungen ist, ob wirklich ein Ministerium Northcote-Salisbury-Churchill die Frucht des Sieges vom 8. Juni sein wird, steht immer noch nicht fest, denn es wäre möglich, daß die Königin es vorzöge, das Parlament aufzulösen. Die Lage ist mithin kritisch für die conservative Partei, denn in der Zwischenzeit, welche zwischen der Auflösung und dem Zusammentritt des neuen Parlaments liegt, gewinnt das Ministerium Zeit, die begonnenen internationalen Verhandlungen in einer Reihe wichtiger Dinge zu Ende zu führen und vollendete Thatsachen zu schaffen, welche den Absichten der conservativen Partei gerade zuwiderlaufen. Das ist die Kehrseite des Sieges vom 8. Juni, daß sich bei einer solchen Wendung der Dinge die conservative Partei die Einwirkung auf die weitere Entwickelung der auswärtigen Politik selbst entzogen hätte. Voraussetzung der Auflösung des Parlaments wäre allerdings die Wahrheit der wenigstens von Dilke ausgedrückten Auffassung, daß die Wahlen eine große liberale Mehrheit ergeben würden.

Das ist aber eine Vorhersagung, welche vollständig in der Luft schwebt. Die liberale Partei mag viele Gründe haben, welche ihr die Fortdauer der bestehenden Regierung wünschenswerth machen, aber das Ergebniß der Neuwahlen ist schon deshalb ganz unberechenbar, weil in Folge der Erweiterung des Wahlrechts große Massen von Wählern an der Urne erscheinen werden, die bisher überhaupt nicht gewählt haben. Die Erweiterung des Wahlrechts ist freilich das Werk des liberalen Ministeriums, die conservative Partei hat derselben widerstrebt, besonders weil Gladstone sich weigerte, gleichzeitig eine gesetzliche Regelung der Wahlkreiseintheilung eintreten zu lassen. Es steht aber sehr dahin, ob diese Neuerung der liberalen Partei zu Gute kommen wird. Daß die liberale Partei das naturgemäße Streben nach Ausdehnung der politischen Rechte hat, kommt dabei nicht in erster Linie in Betracht; die Macht, welche man öffentliche Meinung nennt, und der Wunsch, möglichst geringe Steuern zu zahlen, sind die beiden Hauptfactoren, welche bei den englischen Neuwahlen sich geltend machen werden.

Das conservative Parlamentsmitglied Hicks Beach hat nicht ohne guten Grund den Hebel, durch welchen er das Ministerium Gladstone auf den Angeln heben wollte, gerade an dem Puncte angesetzt, wo die Anträge auf Erhöhung der Branntweinsteuer und Biersteuer zum Gesetz erhoben werden sollten. Ihm erscheinen Wein und Thee weit mehr dazu geeignet, die Mittel zur Aufbringung der Ex-Millionen-Pfund-Kriegssteuer zu gewähren. Das ist ein sehr verständlicher Wink für die neu hinzutretenden Wähler, nicht solche Leute zu wählen, welche das Getränk des armen Mannes besteuern wollen. Außerdem verlangte Hicks Beach die Ermäßigung der Localsteuern, unter denen die kleinen Leute auch zumeist zu leiden haben. Das sind Agitationsmittel für die Neuwahlen, welche ein ganz anderes Ergebniß zur Folge haben können als der Minister Dilke und seine Gesinnungsgenossen hoffen und wünschen und welches leicht die Reihen der Conservativen erheblich verstärken kann. Auch die Iren stehen auf Seite der Tories, wie die Abstimmung vom 8. Juni bewiesen hat, ihr Zorn richtet sich gegen die Regierung, unter welcher den Mitgliedern des Gebeimbundes der Proceß gemacht wurde, sie fordern Trennung der irischen Verwaltung von der englischen und hoffen bei den Conservativen eher Gehör zu finden als bei den Liberalen, welche viel versprochen, aber wenig gehalten haben. Ein drittes Moment, welches die Richtung für die Neuwahlen bestimmen wird, ist der Niedergang Englands in auswärtiger Beziehung, welchen das liberale Ministerium verschuldet hat. Wofür haben denn die englischen Soldaten im Sudan ihr Leben gelassen? Ist dadurch die englische Sache zum Siege geführt worden? Im Gegentheil, die Mißerfolge Graham's und Wolseley's haben nur die Ohnmacht Englands dem Mahdi gegenüber in das hellste Licht gesetzt. Für eine Regierung, die den Tod Gordon's verschuldet hat, kann sich der gemeine Mann nicht begeistern, für solche Politik will er keine Steuern zahlen; ihm ist daran gelegen, daß das Blut der Soldaten und Matrosen nicht nutzlos, sondern nur für eine bedeutende Sache und dann unter zielbewußter Führung vergossen wird. Die Berücksichtigung dieser Verhältnisse muß zu einer Anschauung führen, welche der des Chefs des Localverwaltungsamts von London, Dilke, entgegengesetzt ist, und demgemäß werden auch die Tories die Neuwahlen in ganz anderem Lichte erblicken wie die Whigs.

Gladstone hat sein Vertrauen darauf gesetzt, daß die Tories in einer so kritischen Lage, wie die gegenwärtige, die Erbschaft seiner politischen Fehler nicht antreten werden. Darin hat er sich getäuscht, denn Salisbury, Northcote und Churchill haben durch ihre Organe, den „Standart" und den „Globe", verkündet, daß sie bereit sind, die Regierung zu übernehmen. Die Führer der Tories wissen aber nicht, wie tief Gladstone den Staatskarren festgefahren hat, und wenn die volle Tragweite eines plötzlichen Umschwunges in Balmoral zur Sprache kommt, dann könnte doch der Wunsch, England neue schwere Zuckungen und Verwickelungen zu ersparen, dazu führen, Gladstone die Sorge, wie er sich aus der von ihm geschaffenen Lage wieder herausfinden will, selbst zu überlassen.

Man ersieht aus den vorstehenden Andeutungen, wie sehr die englischen Staatsangelegenheiten im Argen liegen. Wäre ein Mann von allgemein anerkannter Autorität und Kraft vorhanden, welchem man die Entwirrung des Gladstone'schen Knäuels anvertrauen könnte und hinter dessen Manne eine zahlreiche festgeschlossene Mehrheit, dann würde die Entscheidung nicht lange auf sich warten lassen. Aber ein solcher Mann ist nicht da, und wenn Lord Churchill vielleicht die Eigenschaften eines solchen Mannes besitzt, so sind sie wohl nicht hinreichend bewährt und er hat vorläufig noch nicht die Mehrheit hinter sich. Zudem sind die Engländer in der Bewilligung der Mittel zur Führung einer kühnen, genialen Politik sehr schwierig, wie die Erfahrungen der letzten drei Jahre gelehrt haben. Auch Churchill kann nicht Armeen aus der Erde stampfen, er kann nur mit eiserner Energie einen Weg verfolgen, welcher England in den Stand setzen würde, die immer drohender sich gestaltenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die Schalen der Waage, welche die Zukunft Englands in sich tragen, halten sich zur Zeit das Gleichgewicht, die Entscheidung der Königin wird die eine zum Sinken bringen, aber eine durchgreifende Aenderung der Lage ist von dieser Entscheidung nicht zu erwarten.

Leipzig, 13. Juni 1885.

* Wie aus Berlin verlautet, sind alle Angaben über Schwierigkeiten, welche im Bundesrath durch den Antrag Preußens in der braunschweigischen Frage entstanden wären, völlig unbegründet; insbesondere ist die Behauptung, daß das sächsische Ministerium beschlossen hätte, die Stimmen Sachsens gegen den Antrag abzugeben, haltlos. Die Andeutungen, wonach im Bundesrath eine Partei für den Herzog von Cumberland vorhanden sein sollte, scheinen von den Parteigängern des Letzteren lediglich erfunden zu sein. Es besteht nach der „Nationalzeitung" nicht der geringste Zweifel an der Annahme des Antrages mit allen, oder doch gegen einige wenige Stimmen.

SLUB
Wir führen Wissen.